

**ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

der Abgeordneten Mag. Darmann, Ing. Westenthaler  
Kollegin und Kollegen

eingbracht im Zuge der dringlichen Debatte zu dem dringlichen Antrag „betreffend strikte Anwendung der Rechtsordnung zur Unterbindung der fortschreitenden Islamisierung und der damit verbundenen Terrorgefahr, anstatt Errichtung eines Polizei- und Überwachungsstaates“ (309/A(E))

betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der terroristischen Gefahr in Österreich

Die Festnahmen der mutmaßlichen islamistischen Terroristen in Österreich zur Monatsmitte haben gezeigt, dass die Gefahr des Islamismus auch in unserer Heimat nicht mehr wegzureden ist. Es muss nun für die noch so tolerantesten Gutmenschen klar sein, dass der Radikal-Islamismus nur ein einziges Ziel verfolgt, nämlich unter dem Deckmantel der Religion die europäisch-abendländische Kultur und damit die Demokratie zu untergraben und zu destabilisieren. Die Verhaftungen zeigen in erschreckendem Ausmaß, dass auch in Österreich die islamische Terrorgefahr nicht nur massiv wächst, sondern tragische Realität ist, wie der Verfassungsschutzbericht 2007 des Bundesministeriums für Inneres belegt.

Im Rahmen der Festnahmen und der damit einhergehenden Debatte über die Integration - insbesondere von Personen muslimischen Glaubens - stellen sich dringende Aufgaben, die einer Reaktion der Bundesregierung bedürfen.

Dabei dürfen aber nicht ganze Bevölkerungs- oder Glaubensgruppen unter den Generalverdacht des Terrorismus gestellt werden. Vielmehr muss konstruktiv auf eine Lösung des offensichtlich bestehenden Problems der mangelnden Integration hingearbeitet werden. Szenen wie in Wien-Brigittenau kann kein verantwortlich Handelnder wollen. Nichtsdestotrotz müssen bei 440.000 Menschen mit Migrationshintergrund allein in Wien (ca. 30 % der Bevölkerung) dringend Maßnahmen ergriffen werden, damit die sicherheitspolitische Lage nicht eskaliert.

Die Möglichkeiten der zuständigen Behörden müssen im Kampf gegen den Terror erweitert werden. Unserer Polizei müssen Mittel an die Hand gegeben werden, damit diese effektiver

gegen den Terrorismus vorgehen kann um Österreich zu einem sichereren Land zu machen. Dies gilt besonders in Anbetracht des Sicherheitsbedürfnisses im Rahmen der Fussballeuropameisterschaft im nächsten Jahr.

Die unterfertigenden Abgeordneten stellen daher nachstehenden

### **Entschließungsantrag:**

Der Nationalrat wolle beschließen:

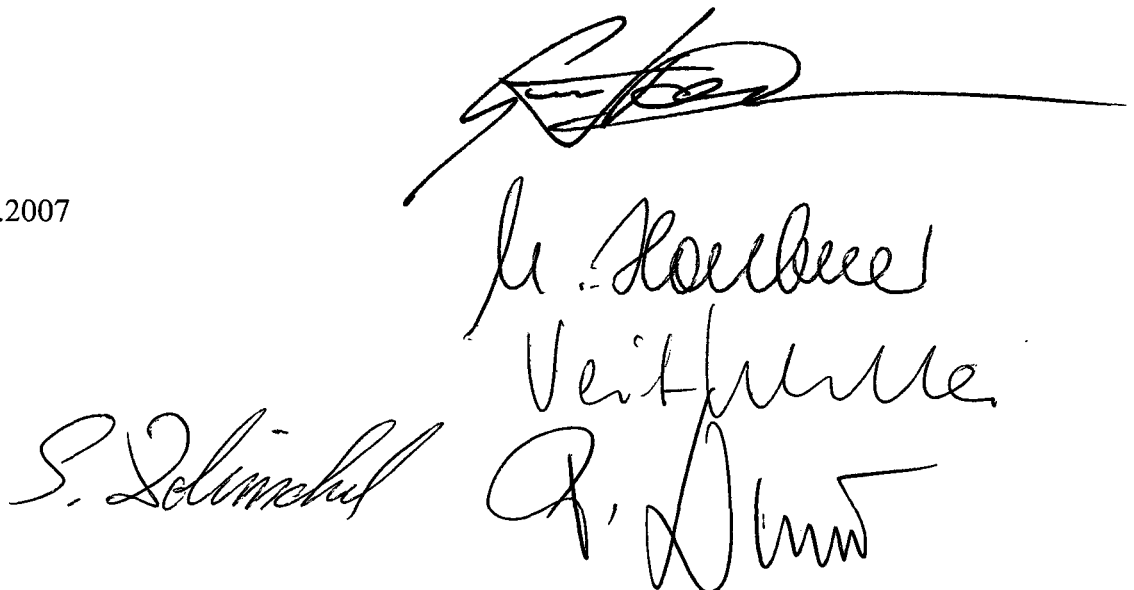
„Die Bundesregierung wird ersucht, dem Nationalrat Gesetzesentwürfe vorzulegen, die

1. zur Bekämpfung der terroristischen Gefahr die Online-Durchsuchung von Computern ermöglichen,
2. sämtliche Fahndungsmethoden, insbesondere den großen Lauschangriff, die Online-Durchsuchung von Computern und die Rasterfahndung, ohne vorherige richterliche Genehmigung ermöglichen, aber gleichzeitig nachträgliche richterliche Kontrollen vorsehen,
3. die Strafbarkeit von Delikten mit terroristischem Zusammenhang in das Stadium der Vorbereitung vorverlagern,
4. Unterstützungshandlungen im Zusammenhang mit der nachweisbaren Planung terroristischer Anschläge verstärkt unter Strafe stellen,
5. den Besuch von so genannten Ausbildungscamps im Ausland mit terroristischem Zusammenhang unter Strafe stellen,

6. die Einführung der großen Kronzeugenregelung – derzeit haben wir eine kleine Kronzeugenregelung – vorsehen,
7. die Verbreitung von Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen mit terroristischem Zusammenhang unter Strafe stellen,
8. die Vermummung, aber insbesondere das Tragen von Kopftüchern jeder Art, in allen öffentlichen Gebäuden untersagen,
9. die routinemäßige Überprüfung von Vereinen und Vereinigungen auf deren Verfassungstreue hin vorsehen,
10. eine generelle 24-Stunden-Überwachung von sämtlichen islamischen Vereinen, Einrichtungen und Gebetshäusern vorsehen,
11. die Einrichtung einer Sonderkommission - SOKO Islam - zur Bekämpfung des islamistischen Terrors und der Gefahr, die von radikalen Islamisten ausgeht, im Innenministerium vorsehen und
12. einen vierteljährlichen Bericht über die Entwicklung der Integration zum Gegenstand haben.

Die Bundesregierung wird weiters ersucht, sich für eine Europäische Antiterrorbehörde im Rahmen der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (PJZS) einzusetzen.“

Wien, am 27.09.2007



Handwritten signatures of three people, likely members of the committee or government, including the name "Verhulst" visible in the middle signature.